

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 15. November 1932

Nummer 261

Papen mit Nieder- und Hungerrufen in Dresden empfangen

Massenkundgebungen gegen Papen-Schleicher-Programm am Tage des „Staatsbesuchs“ Papens in Dresden. Die sächsische Staatsregierung gelobt „Mitarbeit“ bei der weiteren Faschisierung. SPD-Landtagspräsident macht Papen den Hol

Kämpft mit uns Kommunisten

gegen alle faschistischen Kräfte der Bourgeoisie

Dresden, 15. November 1932

Der gekrönte „Staatsbesuch“, den der Reichsfürst Papen der sächsischen Staatsregierung abhattete, fand vollkommen im Zeichen der ungeheuren Empörung der Arbeiter der von der Papen-Schleicher-Regierung geführten Politik. Dieser Empörung und Entrüstung über das wahre Hungerrufen, das auf das Konto der Papen-Schleicher-Regierung kommt, brühte sich in gewaltigen Protestkundgebungen aus, zu denen es gelang überall dort, wo Herr Papen auftauchte, gekommen ist.

Selbst die bürgerliche Presse, wie die Dresd. Neuesten Nachrichten, muß sich mit den Demonstrationen gegen die durch Papen verkörperte Politik der deutschen Bourgeoisie beschäftigen. Schon in der Halle des Reichshofes sah man die Kundgebungen empörter Arbeiter und Arbeiter ein, die auch durch die harten Polizeimaßnahmen nicht erstickt werden konnten. Später legten sich die Protestkundgebungen vor dem sächsischen Landtag und auch vor dem Dresdener Rathaus fort. Überall erklangen Rufe wie:

„Nieder mit dem Reichserbschaftsfiskus! Nieder mit der Papenregierung!“ und „Papen abtreten!“

Außerdem wurden vielfache Hochrufe auf die kommunistische Partei laut. An den Protestkundgebungen waren auch Arbeiter, die das Drei-Helms-Abzeichen trugen und SPD-Proleten beteiligt. Drei Führer zur gleichen Zeit wurden von der Papenregierung zu einem Empfang und zu einer Aussprache über die „nationale Konzentration“ eingeladen worden. In Dresden waren

sozialdemokratische Führer sogar am Empfangsummel für Papen mitbeteiligt!

Die bürgerliche Presse selbst darüber, daß der Reichsfürst im Landtag im Reichshof zum Landtagspräsidenten empfangen wurde, wurde der im Anblick daran die Mitglieder des Landtagspräsidenten (zu der neben weiteren Sozialdemokraten und bürgerlichen Landtagsabgeordneten auch der Jungheerführer gehört) dem Reichsfürst vorstellte.

Die Dresdener Volkszeitung verlor ihren Lesern die Tatsache der Mitbeteiligung Wedels und anderer Sozialdemokraten am Empfangsummel für Papen in einem geistigen Bericht zu veröffentlichen und bindet ihren Lesern die Bären auf, daß Papen durch den Landtagspräsidenten begrüßt werden wird. Das hat im letzten Augenblick in den einseitigen Zeitungen alle übrigen Zeitungen und demselben.

mit welcher Frechheit die sozialdemokratischen Arbeiter von der Volkspartei belächelt werden.

Die abertausende Begrüßung Papens durch die sächsische Staatsregierung und auch durch die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtagspräsidenten ist für deren Rolle im Reichstag, als Papen in allen von ihm in Dresden gehaltenen Reden leide.

Abichten zur weiteren Faschisierung geradezu beträftigt

In diesem Zusammenhang erklärte er zum Beispiel in seiner Antwort auf die Begrüßung des Reichsfürsten die sächsische Staatsregierung, daß für ihn die „tätige Mitarbeit“ der Arbeiter bei der Lösung des Problems der Reichsreform eine Selbstverständlichkeit sei. Darüber hinaus

schloß er der Schiedsregierung des für sie und die für die sächsischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gleichermäßen bezeichnende Satz aus, daß er in seiner Politik „immer die besondere Unterstützung Sachsens“ gefunden habe.

So, in einem auf der Reise nach Dresden einem bürgerlichen Zeitungsjournalisten erteilten Interview lobte Herr Papen die vermittelnde Rolle der sächsischen Regierung zwischen dem Norden und dem Süden des Reiches. Damit hat Papen selbst zugleich

die Hilfestellung der Schiedsregierung für das Papen-Schleicher-Kabinett

bei ihren Bemühungen um die „nationale Konzentration“ gebührend gekennzeichnet. Diese offenkundige

Mitarbeit der Schiedsregierung bei der weiteren Faschisierung

die wir schon mehrfach angedeutet haben, gibt den noch

tätigen Massen Sachsens die Rolle der Schiedsregierung als einer starken Stütze für die Papenpolitik.

Herr Papen will sich der vollkommenen Unterstützung des Schiedsregiments noch stärker sein als zuvor. Er will bei allen seinen weiteren Maßnahmen zur Bereinigung der Massen und zur weiteren Faschisierung noch härter auf die Unterstützung dieser Regierung als einer seiner Stützkräfte bauen. Deshalb unterstützt er in seinen Reden unter anderem auch besonders all jene „Bemühungen“, die das Papenabketteln für die sächsischen Industriellen unternommen hat. Der kurze Sinn dieser Bemerkungen ist der: Die Papenregierung hat

für die Kapitalisten Kredite und Subventionen,
für die Proleten nichts als Hohn

und noch schlimmere Unterjochung. So gelangt Papen unter anderem, daß die Reichsregierung „Teile Sachsens in das Hilfsgelände einbezogen hat“, um den sächsischen Besitzenden die Möglichkeit der Subventionierung zu sichern. Er erklärte weiter, daß in Dresden die Arbeiterbewegung durch den Reichsfürst nicht nur belächelt worden sei, die von sächsischen Industriellen

hinaus machte Papen noch weitere Zusicherungen für die

Dieselbe Regierung, die den Massen also furchtbare Not

verordnet hat, die die Fülle für lebenswichtige Nahrungsmittel erhöhte, die den Lohnabbau verordnete und die gegen die rebellierenden Massen Sondergerichte eingesetzt hat und die jetzt weitere noch härtere Maßnahmen der Faschisierung durchzuführen gedenkt, vermittelt nach Papens eigenem Verständnis den Besitzenden also noch wie vor Subventionen und — als „Kredite“ umschriebene — Geldente.

Dieselbe Regierung wird von sozialfaschistischen Führern ehrsüchtig begrüßt. Diese Regierung ist über den besten „Mitteln“ der Nazis in ihr Amt gelangt.

Sozial- und Nationalfaschisten sind die Stützen dieser Regierung, die ihre faschistische Unterdrückungspolitik aufs neue zu steigern gedenkt.

In um so härteren Maße müssen sich die arbeitenden Massen, die sich schon bei den Wahlen von den Parteien der Unterstützung des Papenregimes in gewaltiger Zahl abwandten, jetzt unter Führung der KPD in totaler Einheitsfrontstellung verhalten!

Hausdurchung in der Druckerei der „Arbeiterstimme“

Heute mittag wurde die „Arbeiterstimme“, in welcher auch der Druck der Arbeiterstimme erfolgt durch ein Massenaufrührer der politischen Polizei durchsucht.

Die KPD-Bezirksleitung Sachsen an die revolutionäre sächsische Arbeiterschaft

Die kommunistische Partei hat am letzten Sonntag in Sachsen erneut einen großen Wahlsieg errungen.

Nach dem Vornach der Kommunisten am 6. November gelang es den Kommunisten in Sachsen, am 12. November in den Kommunalwahlen dem National- und Sozialfaschismus entscheidende Schläge zu versetzen.

Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei, Bezirk Sachsen, spricht

allen Kommunisten, Mitgliedern der revolutionären Massenorganisationen, allen roten Wahlkämpfern und Klassenkämpfern, für die unermüdete Arbeit, die in den letzten Wochen geleistet wurde, revolutionären Dank aus.

Ihr habt in den letzten Wochen, vor allen Dingen aber in der Woche nach dem Reichstagswahlkampf durch eure unermüdete Arbeit, trotz Mühen und Verleumdungen der Reaktion und der sozialfaschistischen Bürokratie der kommunistischen Partei zu diesem Wahlsieg verholfen. Durch eure Initiative und euren Opfermut, durch eure unermüdete Agitation war es der kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die für die Arbeitermacht und den Sozialismus kämpft, möglich, einen solchen großen Sieg zu erringen. Das Massenbekenntnis von diesen hunderttausend Proletariats auch bei den Kommunalwahlen in Sachsen beweist, daß ihr, die roten Wahlkämpfer, den Wahlsieg auf bolschewistische Art für die Klassenkampfziele des Kommunismus geführt habt.

Die bürgerliche Presse hat heute schon zum Ausdruck gebracht, daß die Bourgeoisie

mit verächtlichen Ironie- und Unterbrechungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei

vorgehen gedenkt. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird diesen Drohungen der Bourgeoisie gegenüber zu antworten wissen!

Wir sind gewiß, daß ihr die Kräfte heigern werdet, daß ihr die gegenwärtige Situation versteht und daß ihr auch in den Zukunft die an euch gestellten höheren Anforderungen erfüllen werdet. Wir sind überzeugt, daß ihr in den nächsten Tagen und Wochen viele Tausende neuer Kämpfer für die kommunistische Bewegung gewinnen werdet.

Jetzt gilt es, an der Betriebs- und Gewerkschaftsfront mit der anstehenden Welle der Wirtschaftskämpfe zu zeigen, daß wir auf bolschewistische Art die Tagesinteressen des Proletariats mit den höheren Aufgaben und Zielen der Massenmobilisierung zum Kampf für den Sozialismus zu verbinden verstehen.

Heute, am Tage nach der Wahl, fordert die sächsische Bourgeoisie vom Reichsfürst Papen ganz offen das Verbot der revolutionären Gewerkschaftsopposition, ein allgemeines Streikverbot, Vorzensur für Agitationsmaterialien usw. Indem wir euch unseren revolutionären Dank aussprechen, bringen wir gleichzeitig zum Ausdruck, daß wir uns bewußt sind, daß ihr mit uns diesen Schritten zu trotzen wißt.

Die Bezirksleitung Sachsen appelliert an die gesamte revolutionäre sächsische Arbeiterschaft, alle Kräfte anzuspannen und bei: Kampf gegen den Nationalsozialismus so wie den Kampf gegen den Verrat der Sozialdemokratie so zu verstärken, daß unter Führung der kommunistischen Partei die kämpfende rote Einheitsfront des Proletariats geschmiebt wird!

Leipzig, den 14. November 1932.

Bezirksleitung Sachsen der KPD.

Arbeiter und Soldaten verbrüdern sich

Massenverbathungen in der Schweiz. Kriegsgerichte gegen revolutionäre Soldaten

Die kommunistische Partei der Schweiz wandte sich am Sonntagabend an die mobilisierten Soldaten mit einem Aufruf zur Verbrüderung mit der revolutionären Arbeiterschaft. So folgten zahlreiche Protestkundgebungen zwischen Soldaten und Arbeitern, wobei die Soldaten erklärten, daß sie nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die wehrlosen Faschisten kämpfen würden. Dieser Aufruf der Truppen veranlaßte das Kommando, eine Kundgebung zwischen revolutionären Soldaten, in denen man Kommunisten vernachlässigt, wurden angesprochen in der Hoffnung, den letzten Teil der Truppen als revolutionäre gegen die Wehrmacht zu bewegen. Doch die Empörung der Arbeiter über die Wehrmacht der Arbeiter in den Straßen Genuß zu groß.

Wie an den Front der Genfer Truppen die scharfe Reaktion verteilt werden sollte, haben die Soldaten die Kundgebung der Reaktion vernachlässigt. So kam noch zu weiteren Kundgebungen zwischen Arbeitern und Soldaten gemeinsam die „Internationale“ zu sagen.

Wie aus der Schweiz gemeldet wird, sollen 22.000 Soldaten, die wegen Verbrüderung mit den Arbeitern inhaftiert wurden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Das Bundesministerium in Bern wurde zum Protest genötigt, um Massenverbathungen von Arbeitern abzuweisen.

ilität
auf
welt-
cher
illig-
er in
igen
Ge-
eten.
PF.
PF.
RIK
O 1 6
WITZ 3963

Hungerstreik in Nuerbach

Am 14. November haben die Genossen im Untersuchungsgefängnis Nuerbach i. B. erneut in den Hungerstreik getreten, nachdem sie bereits vom 28. August bis 3. September einen sechs-tägigen Hungerstreik gegen die Umwandlung der Festungshaft in Zwangsarbeitsleistung geführt hatten.

In Nuerbach hat man am 8. November ebenfalls mit der Durchführung dieser Maßnahmen begonnen und jetzt haben sich die Genossen von Nuerbach erneut in die einheitliche Front mit den proletarischen und den übrigen Festungsgefangenen in Deutschland zur Abwehr des barbarischen und mittelalterlichen Straf-vollzuges, der durch die faschistische Völkerverdrängung und deren Helfer durchgeführt worden ist.

Die Festungsgefangenen appellieren an die gesamte welt-wärtige Bevölkerung, in allen Betrieben und Versammlungen einen Protestmarsch zu veranstalten für die Beilegung des schändlichen Zwangsarbeits und für den Kampf um die Befreiung der über 2000 politischen proletarischen Gefangenen.

In der Zeitung Nuerbach ist den Festungsgefangenen jede Möglichkeit einer Bewegung im Freien genommen. Man be-zieht das Einzelstern in den Gefängnis-Hof als „Erholungs-anstalt im Freien“. Vor einigen Wochen hat man einen Arbeitsgefangenen von Nuerbach wegen seiner Erkrankung an-gewiesen in das Baracken nach Dautern überzuführen. Der Betreffende wurde aber nicht in das Baracken eingeleitet, sondern in eine Einzelzelle gesperrt und sogar die Koch-Wärme ihm geschmälert, so daß nicht eine Heilung, sondern eine Verschlimmerung seiner Krankheit die Folge dieses barbarischen Strafvollzuges im „Frei-staat“ Sachsen, der Völkerverdrängung und des Justizministers Mönckfeld ist.

Die zwölf zur Zeit in Nuerbach befindlichen Festungs-gefangenen haben folgendes Protestschreiben an das Justiz-ministerium gerichtet:

Wir unterzeichneten Festungsgefangenen protestieren erneut gegen die Haftverhältnisse, die man gegen uns seit dem 13. August 1932 durchgeführt hat. Wir erklären, daß wir gegen die Umwandlung der Festungshaft in Zwangsarbeitsleistung und in Solidarität mit den proletarischen Festungsgefangenen erneut in den Hungerstreik treten und die sofortige Aufhebung der Maß-nahmen der faschistischen Regierung fordern.

Gummihäubel gegen Fellened-angeflagte

Berlin. Im Fellened-Großhändler protestierten heute die ange-lagten Arbeiter gegen ihre Behandlung. Daraufhin griff die Polizei mit Gummihäubeln ein. Als Antwort darauf haben die ange-lagten Arbeiter in den Hungerstreik getreten.

Ebenso traten in Wobitz 20 proletarische politische Ge-fangene in den Hungerstreik. In den anderen Gefängnissen geht der Hungerstreik weiter.

Erfolg des Hungerstreiks in Bielefeld

In Bielefeld ist der Hungerstreik der proletarischen Festungs-gefangenen beendet. Die Gefangenen haben durchgesetzt, daß sie jetzt anstatt im engen Gefängnis-Hof zwei Stunden täglich auf einem außerhalb der Anstalt gelegenen Platz Sport treiben dür-fen. Ferner werden die Gefangenen während der Einzelhaft in einem Raum gemeinsam eingeschlossen. Was die dritte Forderung betrifft, daß sie zwei-mal wöchentlich täglich eine Stunde Freizeitsport bekommen, wurde von der Gefängnisver-waltung ein weitestgehendes Entgegenkommen gegenüber dieser Forderung zugesprochen. Darauf wurde der Hungerstreik beendet.

Es ist Aufgabe der Arbeitermassen, die restlose Durchführung der Forderungen der proletarischen Festungsgefangenen und die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erzwingen.

Nimmt in allen Betrieben und Versammlungen gegen die unerhörte schändliche Verdrängung des Strafvollzuges Stellung. Rückt den Tag der Befreiung aller proletarischen politischen Ge-fangenen näher, indem ihr in allen Betrieben, an allen Stempel-stellen den Kampf gegen die schändliche Diktatur, für den revolu-tionären Kampf aus der Krise verkörpert!

Amtsenthebung des Genossen Dettinghaus

als Kreisvorsitzungsmitglied von Wernberg

Der sozialdemokratische Regierungspräsident König von Wernberg hat den Genossen Dettinghaus als Kreisvorsitzungsmit-glied abgelöst weil Genosse Dettinghaus in öffentlicher Ver-sammlung die Pläne der Vapenregierung und die neue Finanz-orde-nung des Reichskommissars Brandt für die proletarischen Ge-meinden in ihren Auswirkungen auf die Unterhaltungs-sache auf-gezeigt und auf den drohenden Unterhaltungsabbau hingewiesen hat. Die Suspendierung von seinem Amt als Kreisvorsitzungsmit-glied erfolgte, weil Dettinghaus die „Vertraulichkeit“ der Kreis-ausschussberatungen über die Herabsetzung der Wohlfahrtsbeiträge im Interesse der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht be-wahrte.

Was unser Genosse Dettinghaus tat, war keine selbstver-räundliche proletarische Pflicht gegenüber den hungersenden Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern.

Die Antwort der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger wird sein: Zusammenschluß in der roten Einheitsfront Wahl von Einheitsauswahlen zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Die Bourgeoise-Pressen ist entleert

Berichterstattung der Schweizer Soldaten mit der Arbeiterschaft

Über die Vorkommnisse in Genf berichtet der Ber-liner „Montag-Morgen“:

Als bei der Fahnenübergabe (am letzten Sonnabend) im Palais des Epoux der Hauptkommandant Oberst Vedetzer eine Ansprache hielt, rief ein Mann aus der Truppe: „St. Ger-t!“ Er wurde sofort betäubt und der Militäruntersuchungs-

behörde überstellt. Ein zweiter Soldatentrupp trat ebenfalls in den Hungerstreik. Einige Soldaten der im Palais des Epoux stationierten Truppen sind mit vorübergehenden Kommunisten in Unterhaltung getreten. Sie wurden gleichfalls der Militäruntersuchungsbehörde zugewiesen.

Die gefesselten Vorgänge bei der Truppe selbst haben zu man-cherlei Kombinationen geführt. So heißt es, die gefesselten abend-erfolgte Dingenahme der waffenfähigen Soldaten habe sich be-währt als notwendig erwiesen, weil verschiedene Angelegenheiten dar-überhandeln.

Man hat sich im Grundsatz nicht anbedingt auf die Schweizer Truppen hätte verlassen können... Es heißt aber, daß auch Teile der Schweizer Truppen zeitweilig in bedrohlicher Weise von den Fronten ihrer Kameraden aus mit der Menge zu fraternisieren begannen. Viele von ihnen sollen sich an dem Gelingen der Internationalen be-teiligt haben.

Die „Welt am Montag“ meldet aus Genf:

Die Schweizer Truppenteile haben ihren Unwillen gegen die Haltung der Offiziere durch den Gehörgang der Internationalen deut-lich zu erkennen gegeben. Bei der Fahnenübergabe an die mobilisierten Truppen wurde dem Hauptkommandanten Oberst Vedetzer aus den Reihen der Soldaten „Rüder!“ u.ä. gerufen. Der Soldat wurde verhaftet und dem Militärgericht übergeben.

Schließlich wurden die Schweizer Truppenteile aus der Stadt zurückgezogen und in abseits gelegenen Schulen untergebracht.

Massendemonstration bei der Beerdi-gung des Genossen Färkt

Genf, 13. November.

Die Kommunistische Partei und die KSO hatten insbeson-dere zu Massendemonstrationen bei der Beerdigung des Ber-liner Genossen Färkt, des Genossen Färkt, aufgerufen. Über 4000 Arbeiter versammelten sich Sonnabend vor seiner Wohnung. Die Genossen Humbert-Droz und Scherer hielten Ansprachen. Als der gewaltige Leichenzug sich in Bewegung setzte, wurde eine leichte Wachregimentspatulle ihm entgegen-gestellt. Dieser ungeheuerlichen Provokation wichen die Massen vorübergehend.

So kam aber zu einer neuen Entflammung der Massen und so begleiteten Tausende von Arbeitern den toten Genossen zum Friedhof. Die Empörung unter der Arbeiterschaft Genfs hält an.

Nazi-Überfälle in Chemnitz-Altenhof

Am Wahlsonntag wurden um 9 Uhr drei Arbeiter in Chem-nitz-Altenhof von Nazis überfallen. Ein der „Wiesenburg“ wun-den die Arbeiter Paul Müller und Herbert Richter von 30 bis 60 Nazis überfallen. Müller wurde blutüberströmt zum Arzt gebracht.

Völkerbundsarmee gegen Sowjetunion

Berlin, 15. November 1932

Der französische Ministerpräsident Herriot hat gestern seinen „Reformplan“ bekanntgegeben. Es stellt sich heraus, daß die Pläne neben der Aufstellung von fünf aus-gebildeten Truppen (Miliz) oder allgemeine Dienstleistungen als Hauptpunkt die Heranbildung langjährig ausgebildeter besondere Truppenformationen vorziehen, die mit allen Waffen, auch den schwersten ausgerüstet sein sollen. Diese besonderen Truppenformationen sollen zusammen eine Völ-kerbundsarmee darstellen.

Wenn ein Staat zum „Angreifer“ getempelt wird, sollen die be-sonderen Truppenformationen verpflichtet sein, sofort gemein-sam gegen diesen Staat vorzugehen. Wer zum „Angreifer“ ge-tempelt wird, das soll der Völkerbund rat entscheiden.

Währendem aber bisher im Völkerbundsvertrag ein einstim-miger Beschluß notwendig war, soll jetzt die Entscheidung dar-über wer zum „Angreifer“ getempelt wird, im Völkerbunds-rat schon mit Stimmenmehrheit festgestellt werden. Damit hätte die französische Regierung mit den von ihr abhängigen Ländern je-derzeit die Entscheidung in der Hand. Es ist klar, daß dieser Plan Herriots nichts anderes ist, als die Rean-nuierung des Tardieu-Planes auf Schaffung einer Völkerbunds-armee.

Es ist klar ersichtlich, daß diese Völkerbundsarmee gegen die Sowjetunion gerichtet sein soll. Herriot erstrebt eine schlag-träuf-

Pflichtarbeiterstreik in Dippoldiswalde

Dippoldiswalde, den 15. November 1932

Soldaten haben die Pflichtarbeiter in Dippoldiswalde ge-schlossen die Arbeit niederzulegen. Die Erwerbslosen stellen Pro-letarische Fronten. Der Kampf wird um die Befreiung tarifmäßiger Löhne geführt.

Auf Beschluß des revolutionären Stadtrates sollen die Wohl-fahrtsbeihilfen für 15 Pfennig pro Stunde, die neben der Unterstützung gezahlt wird, Streikarbeiten ausführen. Als-then am vergangenen Donnerstag ein Erwerbsloser diese Stel-lenarbeit ablehnte, wurde ihm die Unterstützung entzogen. Der Arbeitsschlichter erklärte darauf, daß er sich dann die Lebensmittel dort holen müsse, wo sie sind. Er führte das auch aus und im Rathaus herrschte darüber große Bestürzung. Jetzt wird ihm die Unterstützung wieder gezahlt.

Die kommunistische Stadterwerbslosenfraktion unterstützt den Pflichtarbeiterstreik. Sie brachte folgenden Antrag ein:

„Die Pflichtarbeit ist sofort einzustellen. Alle notwendigen Ar-beiten müssen tariflich bezahlt werden.“

Dem Beispiel der Erwerbslosen von Dippoldiswalde müs-sen sich alle Erwerbslosen, der Orte, in denen auch Pflichtarbeit verlangt wird, anschließen. Nur in geschlossener roter Einheits-front ist es möglich, denartige schändliche Maßnahmen abzuwehren

Der Vormarsch des Bolschewismus

So schreibt die Berliner Volkszeitung vom Montag über das Ergebnis der Kommunalwahl in Sachsen und erklärt, daß überall ein ganz bedrohliches Anzeichen der Kommunisten im Anmarsch ist, das über die Bezirke der SPD in der Provinz hinausgeht. Jene, das marxistische Ergebnis der Wahl, Gemeindevorstände ist der weitere Regierender Vorwärts der Kom-munisten, die es verstanden haben, an der außerparlamentarischen Front in immer härterer Weise die Betriebsarbeiter zu erobern und die Erwerbslosen zum Kampf um ihre Existenz, zum Kampf gegen Vorkommnisse und schändliche Diktatur zu mobilisieren.

Die sozialfaschistische Presse muß einheitlich zugeben, daß die Kommunisten die einzigen Sieger des Wahlkampfes sind, wenn es ihr auch schwer fällt. Die Dresdner Volkszeitung ist zu-gerung, davon zu sprechen, daß „da und dort“ die Kommunisten gewonnen haben. Daß die SPD auf Grund dieser neuen Ver-luste bei den Gemeindevorständen zu neuen demagogischen Manövern im Betrug der Arbeiterklasse greifen wird, kündigt die Dresdner Volkszeitung an, indem sie schreibt: „Auch diese Gemeindevorstände müssen für unsere Partei ein Kampf sein, ihre Taktik und ihre Agitation zu überprüfen.“ Die Arbeiterschaft muß wachsam sein und von vornherein diese neuen demagogischen Manöver durch die Arbeiterschaft entlarven und geschlagen. Die sozial-faschistische Presse spricht einheitlich von „marxistischen Vor-gängen“, daß das „marxistische Lager“ sich nicht nur vorwärts-schreiten, sondern noch gewonnen habe. Im gleichen Sinne aber wird die nächste Seite gegen die kommunistische Partei gemacht.

Die Nazis reden im „Freiheitskampf“ von einem „Revolu-tionärsprogramm der Nationalsozialisten“, mühen aber eben-so den Vormarsch der einzigen Arbeiterpartei — der KPD — zu verhindern. In ihrem Kassenjammern trotzen sie sich damit, daß die „Revolutions“ keine Interessenlisten gewählt habe. Die Arbeiter-massen werden sie die Verantwortlichen nicht über ihre Politik der Arbeitermord, der schändlichen Anordnung und der Liquidierung der schändlichen Vorkommnisse hinwegtäuschen können. Jetzt heißt es für die revolutionäre Arbeiterschaft alle Kräfte anspannen, um die Diktatur, die die Nazis erhalten haben, noch zu verdrängen. In der Organisation des Kampfes in den Betrieben und an den Stempelstellen werden wir die proletari-schen Anhänger der Nazis von dieser Partei des blutigen Rechts-mus loslösen, durch die Verfestigung des ideologischen Kampfes gegen die Tributpflichtigen Vorkommnisse der Nazipartei für den Kampf in der revolutionären Klassenfront.

Wenn die Germania schreibt, daß man im Industriesachen eine solche Wendung zur Radikalisierung der Arbeiter-massen muß, und daß das ein höchst beachtliches Merkmal für die Regierenden“ ist, so sagen wir der Arbeiterschaft: „Nur erit recht verhält den Kampf gegen das schändliche Vorkomm-nisse, nämlich in den Betrieben und an den Stempelstellen die rote Einheitsfront zum Kampf für den revolutionären Kamp-fen, für den Sozialismus.“

Kommunistischer Wahlsieg im Saargebiet

Saarländern 14. November. Gestern fanden im Saar-gebiet die Kommunal- und Kreiswahlgänge statt. In Saarbrücken wo das Reichsamt vorliegt, erzielte die KPD einen Wahlsieg. Die SPD hat wieder schwere Verluste zu verzeichnen. In Saarbrücken ist das Reichsamt folgendes (Vergleichsziffern 1928) Büllet der letzten Kommunalwahlen am 17. 11. 1929:

Kommunistische Partei	1927	(1928)
Kommunistische Partei	18367	(2841)
Sozialdemokraten	6371	(5777)
NSDAP	8960	(11081)
Deutschnationale	1892	(2449)
Christlich-sozialistische Partei	4898	(5252)
Deutsches Volksgemeinschaft	4979	(5176)
Zentrum	13738	(13822)

Neue Streiks gegen Unter-nehmerangriffe

In Wuppertal-Barmen streikten die Handwerker des Stroh-verlages gegen die Entlassung von zwei Kollegen und für eine-tige Auszahlung des bis jetzt salarisch gezahlten Lohnes. Ein-sigen Stunden Gehalt kaputtgemacht der Druckereibetrieb.

In Wuppertal-Barmen streikten die ganz Belegschaft der Ge-bel- und Gummierwerke AG gegen einen Sprengstoff-Vorfall, der geschlossen in den Streik. Die Belegschaft wählte aus der Mitte eine Streikleitung und stellte Protesttreiben auf.

In dem Hildesheimer Betrieb Steinweg trat die Arbeiterschaft in den Streik, weil der Unternehmer sich weigerte, die verzinnten Löhne zu zahlen.

In Coeswig bei Dessau streikten gestern Montag die Arbeiter der Firma Hamburger und Ruch gegen den niedrigeren Lohn-abbau in den Streik getreten.

Massendemonstration Zwickauer Erwerbsloser

Zwickau, 13. November 1932

Am Sonnabend bildeten sich vor dem Wahlamt eine große Demonstration mit etwa 2000 Teilnehmern, die für ihre Existenz-bedingungen demonstrieren. Der demonstrierenden Arbeiterschaft wurde ein Schreiben übergeben, das die Polizei gegen sie eingeleitet wurde, die schändlichen gegen die Demonstrationen ge-gang und mehrere Verhaftungen vornahm.

Jedem Antifaschisten seine Waffe,

die „Arbeiterstimme“, denn ein Antifaschist ohne „Arbeiterstimme“ ist wie ein Soldat ohne Gewehr!

20 000 „Arbeiterstimmen“ mehr als sonst

wurden gestern verkauft. Das darf kein einmaliger Erfolg bleiben! Jedes Parteimitglied, jedes Mitglied einer revolutionären Massenorganisation muss nicht nur Leser, sondern Werber für die „Arbeiterstimme“ sein. Deshalb:

Verstärkt den roten Pressefeldzug!

Strikotagen

Ein Waggon zu Preisen wie noch nie!

Großverkauf für Unterwäscher

Auf vielen Extratischen haben wir große Mengen schöne, wertvolle Trikotagen zu Preisen ausgelegt, die jedermann die Winter-Versorgung leicht machen werden! Mengenabgabe vorbehalten!

- Damen-Strickschlüpf** weich, wie Wolle, anschmiegsam, schlankmachend, zugleich warm und haltbar **1.45**
- Damen-Strickschlüpf** reine Wolle, mit Doppelzwickel, Flachnaht, in sehr guter Verarbeitung, großes Farbsortiment..... **1.95**
- Damen-Strickschlüpf** reine Wolle, Elastikrand u. Beinansatz, dehnfähiger Sternzwickel, allerbestes Fabrikat, bis Größe 48 **2.90**
- Damen-Futterschlüpf** Baumwolldecke, eine gute, angeraute, haltbare Qualität, praktisch im Tragen **50 Pf**
- Herren-Normalhose** aus gutem, wollgemischtem Vigogne-Material, fehlerfreies, süddeutsch. Fabrikat **1.00** In 3 Größen
- Herren-Makohose** aus echt ägyptischem Makogarn, garantiert zweifädig, mit Satinkoller und Schnürloch, alle Größ., auch Bauchweit. **1.50**
- Damen-Futterschlüpf** mit Kunstseid. Decke, weich angeraut, fehlerfreie Ware, in schönem Farbsortiment **90 Pf**
- Dam.-Futter-Prinzebrock** Baumwolldecke mit angewebtem Rauhfutter, richtige Längen, sehr haltbar und warm **1.00**
- Damen-Schlüpf** Kunstseide mit Mako plattiert, zweifädig, pa. Qual., in wundervoll. Farbsortiment, mit auswechselbar. Gummi **1.75**
- Damen-Futterrock** Kunstseiden-Decke mit Futter, eine besonders gute, sorgfältig verarbeitete Qual., in 105-120cm Länge **1.75**

Im Erfrischungsraum die 6 METROPOLITANS Kurzes Gastspiel

alsobere

17., 18., 19. November

Sonderangebot!

1 Doppel-Waggon

beste Haferflocken

probiert: gut kochend, wohlschmeckend
frische Herstellung — wir haben die beste Qualität ausgefucht

1 Pfund nur 20 Pfennig

Nur pfundweise Abgabe solange Vorrat reicht

... und hierauf noch 6% Rückvergütung in bar am Jahresende

G'ORLITZER

<h3>CAPITOL</h3> <p>Freitags 18hr. Tonfilm ohne</p> <p>Ab Mittwoch:</p> <p>Die Sensation der Saison!</p> <h2>Mata Hari</h2> <p>Ein Spionage-Film aus dem Weltkrieg</p> <p>Hauptdarsteller: Greta Garbo - Ramon Navarro</p>	<h3>N. L. H.</h3> <p>Neues Lichtes al-Haus</p> <p>Ab Mittwoch:</p> <p>Ein Spitzenwerk der Filmkunst!</p> <h2>Zwei Menschen</h2> <p>Nach dem bekannten Roman von Richard Voß</p> <p>Hauptdarsteller: Charlotte Susa - Gustav Fröhlich</p>
---	---

<h3>BURGER-KASINO</h3> <p>Ab 1. November spielt</p> <p>Oskar Salden</p> <p>der brillante Burlesken-Komiker mit seiner erzklassigen Künstertruppe</p> <p>in Balletten, in Schauspielen, in Faschings-Balletten</p> <p>1. Stage Billardsaal Wenzel, 7. Billard</p> <p>Immer wieder bestätigt es sich: Wir bringen unerbittlich billig etwas Gutes!</p>	<h3>Licht- u. Kraftanlagen?</h3> <p>erst Pasternak fragen!</p> <p>Gr. Brüdergasse 13, Tel. 87022</p> <h3>Litoblieute, Genossen!</h3> <p>Der Buch- und Zeitschriftenvertrieb befindet sich</p> <p>Dresden-A., Rosenstraße 78, Hth. 1</p>
---	---

Sonderangebot!

Soeben traf ein Waggon

Stelmärker Äpfel

ein Pfund 18 Pfennig, solange Vorrat reicht

Abgabe nur an Mitglieder

KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Werbt Leser der Arbeitersstimme!

ACHTUNG!

Genossinnen u. Genossen: Leser der Arbeitersstimme!

Besucht nur die LICHTSPIELTHEATER

welche auch bei uns das Programm bekanntmachen

Haltet Disziplin

Wenn's keine macht: Oswald Mächts

Dauzylinder:

Rambachstr. 31

3de Pillniger Straße

und 2 Pillniger

der verteilte Gintausquelle

solider Zylinder- und Vorker-
Wäbel

Feil-Farbwerk

November Str. 21



Heraus zur Werbung für die „Arbeiterstimme“!

Dresdner Anzeiger beschimpft Arbeiter

Amisblatt bezeichnet Genfer Arbeiter als politische Verbrecher und fordert Aufhebung des Asylrechts und Sammlung zum Kampf gegen die Sowjetunion. Macht diese Pläne zunichte, verteidigt die USSR

Der „Dresdner Anzeiger“ bringt in seiner Sonntagsnummer vom 13. November die folgende Artikel zu den Vorkäufen dieses Bourgeoisblattes, das sich die Dresdner westlichen Einwohner als „Amisblatt“ gefallen lassen müssen. Im Anfang heißt es:

„Genf ist aufgebracht, ist in brodelnder Bewegung. Genf, die glänzendste Fremdenstadt am Fuße des Mont Blanc, die Stadt der internationalen Diplomatie und des Völkerbundes, dieses Genf hat plötzlich ein anderes Gesicht angenommen, ein Gesicht, das immer schon da war, aber dieser Welt verborgen blieb. Die Quais am Genfer See herum, vor dem Völkerbundespalast, vor den großen Hotels, sind wie ringsum von den launigen und flüchtigen Fremden über den geistlichen Eile und Eile: zur Schau tragenden Mitgliedern irgendwelcher Hochschulen oder Kommissionen.“

Das ist eine verheerende Beschuldigung des Völkerbundes, deren Inhalt, deren sich die Reaktion im vergangenen Jahr nicht so oft und gern bediente und die auch vom „Anzeiger“ gegenüber respektiert wird. Heute, im Zeichen des Krieges, der gegen die Sowjetunion, hat die Reaktion nur noch Spott und Hohn auf den Völkerbund übrig. Es gibt kaum eine größere Klage für die SPD als diese Zeilen.

Der „Anzeiger“ gibt die Schuld an den Zusammenstößen zwischen den Arbeitern, in Wirklichkeit sind — wie man das von ihm zwischen den Zeilen lesen kann — die Faschisten der Schuldigen. So schreibt der „Anzeiger“:

Die Union Nationale (die bürgerliche Partei, die zur sozialistischen Kundgebung aufgerufen hat D. Red.) ist eine Art Sammelpartei aller bürgerlichen Elemente. Sie hat gerade in der letzten Zeit eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet, und da sie auch die bürgerliche Jugend mehr und mehr in ihren Dienst stellte, so spielen sich die Ereignisse in dem überaus sozialistischen Genf immer härter zu. Hinzu kommt die geradezu unerträgliche wirtschaftliche Lage.“

Damit gibt sie unbenutzt selbst zu, daß die Schweizer Arbeiter die Schuld an den Zusammenstößen tragen. Der „Anzeiger“ läßt aber in dem Artikel keinen Hauch gegen die reaktionären Arbeiter erkennen.

Man kennt Genf nicht, wenn man es nur vom Quai zwischen der Kouleau-Insel oder von der Pont des Berg-

gues gesehen hat. Die Stadt, die dem Fremden ein so stabiles Lager zeigt, ist höchlich und tödlich wirt, wirklich ein Bienenstock unheimlicher Menschen zu sein scheint, hat dunkle und dunkle Hinterhöfe, in denen nicht erst seit heute die Not zu Hause ist, und in denen ein internationales Verbrechertum, vor allem ein politisches Verbrechertum, seit jeder seine Schützengasse hat. Genf, die Stadt der völkerverbindenden Societe des Nations, ist auch immer die Stadt der Anarchisten gewesen, und es ist sogar heute noch darauf, daß hier jeder politische Verbrecher ein Nest findet.“

Das ist eine einseitige Beschuldigung der revolutionären Arbeiter. In diesen Säcken kommt die ganze Last der Reaktion des „Anzeigers“ gegen die revolutionären Arbeiter, die sich gewagt haben, den Faschisten gegenüberzutreten, zum Ausdruck.

Zuletzt ruft der „Anzeiger“ zur Sammlung aller Antifaschisten, zum Kampf gegen das internationale Proletariat, zum Kampf gegen das Vaterland der Arbeiter, gegen die Sowjetunion:

„Wilde Gerüchte durchschwirren heute zwar die Luft, über das scharfe Zugreifen der Militärbehörden hat doch unabweisbar die Atmosphäre mit einem Schloß gesättigt. Doch es ist ein Missetat, was hier in Genf geschieht, und es ist deshalb ein besonders eindrucksvolles Missetat, weil es eben hier in Genf, also vor den Augen des Völkerbundes und vor den Augen der führenden Staatsmänner der ganzen Welt geschieht. Werden diese nicht endlich von Weg aus der durch unholdbare Freiheitsrechte geschaffenen Weltlinie finden, dann wird Moskau schließlich doch triumphieren. Nicht nur in Genf, sondern in allen überfüllten und überindustriellierten Städten der Welt.“

Das ist die Kriegserklärung an Sowjetrußland und an die Arbeiterklasse. Der „Anzeiger“, der den Nationalismus für sich gepredigt hat, appelliert hier an die internationalen imperialistischen Mächte. Die Arbeiter aber, die in Deutschland in den letzten Kämpfen, wie auch bei den letzten Wahlen gezeigt haben, daß sie in immer wachsenderem Maße ihre Klassenlage erkennen, daß sie bereit sind, gegen das imperialistische System, gegen Faschismus unter Führung der SPD zu kämpfen, ihnen wird dieser Artikel ein Signal sein, was er recht alle Kräfte zusammenzuführen zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgewinn, zum Schutze der Sowjetunion, für den Sozialismus!

Der Dresdner Amtsklecker zum Dresdner Wahlergebnis

Die Furcht der Reaktion

Dresdens Ober ohne Partei. Fünf Einmannfraktionen. Mobilisiert zum außerparlamentarischen Kampf für die Sicherung eurer Existenz um Arbeit, Brot und Freiheit!

Bei den Wahlen am Sonntag ergaben sich eine Reihe wesentlicher Veränderungen der Parteienfraktionen im Dresdner Rathaus. Sämtliche bürgerliche Parteien sind so dezimiert, daß sie nur noch mit insgesamt 18 Mandaten von 75 einziehen. Unter diesen Fraktionen befinden sich nicht weniger als fünf Einmannfraktionen, eine Zwei-Mann-Fraktion und zwei Vier-Mann-Fraktionen.

18 Mandate sind verteilt auf 9 Parteien.

Rechtzaphale Verluste haben die Gruppen Handwerk, Handel und Gewerbe — diese beiden Gruppen traten früher mit einer einheitlichen Liste auf — sie hatten noch in der letzten Periode 20 Mandate. Diesmal verlor sie es mit zwei Listen und verlor sich überdies eine Verhärtung ihrer Front! Die Wähler in ihnen vorbeizugehen.

Herr Kunz allein auf weiter Flur!

Schwer zusammengewachsen erscheint auch die Deutsche Staatspartei die noch in der letzten Periode fünf Vertreter hatte und nun nur noch mit einem Mann und einer Frau einzeln! Unterstützt diese Partei stellt den Oberbürgermeister der Stadt Dresden. Das wird selbstverständlich diesen „Ober“ nicht hindern, im Namen der glanzvollen Dresdner Einwohnererschaft zu sprechen.

Die Deutsche Volkspartei hat zwei Drittel ihres Bestandes an Mandaten verloren. Statt mit zwölf jetzt hat sie nur noch mit vier ein.

Die Deutschnationale Volkspartei, die in der letzten Periode sieben Mitglieder hatte, welche später zur Volkskonsolidationspartei übergingen, rückt mit vier Mandaten ein. In Wirklichkeit hatte sie aber auf 9 Sitze Anspruch, da eine Reihe von Einzelnen Gruppen, wie der Allgemeine Hausbesitzerverein mit drei Mandaten, Gruppe Handwerk, Gewerbe, Verkehr mit Herrn Kunzich und der Vertreter der sogenannten Arbeiterparteilichen Kreise, alles Parteigänger der Deutschnationalen sind.

Die SPD, ehemals die stärkste Partei des Kollegiums, die zusammen mit der USPD die sechszehn oder Mandate hatte, als das Kollegium noch 84 Mann stark war, 42 Vertreter, d. h. die Hälfte des Kollegiums ausmachte, ist heute auf 22 Mandate zurückgegangen. Durch eine Auslese bei der Kandidatenaufstellung hat sie dafür gesorgt, daß nur unbedingt im Parteiprogramm festverankerte Sozialisten ins Kollegium einzuziehen.

Die Nationalsozialisten, deren Vertreter Richter in den vergangenen Monaten das Rathaus nicht weit genug aufziehen konnte, nun den kommenden Siegen laute und schon von der Erhebung der Reichthum der Sitze träumen, rücken mit 22 Mandaten ein, die sie auf Kosten der bürgerlichen Parteien gewonnen haben.

Die einzige Siegerin in die kommunistische Partei!

Sie liegt von sieben Mandaten auf dreizehn Mandate. Sie ist auch die einzige von der Reaktion gefährdete Partei. Das ergibt sich besonders deutlich bei der „Dresdner Anzeiger“ vom Sonntag. Dieser schreibt:

„Betrachtet man das Ergebnis der gestrigen Wahl in bezug auf die Arbeitstätigkeit des neuen Stadtparlaments, so vermag man der Resultate nicht recht froh zu werden. Zwar ist keine marxistische Mehrheit vorhanden, aber die Kommunisten haben es jetzt mit ihren dreizehn Vertretern in der Hand, jeden Legislationsentwurf zur Besprechung zu bringen und zu jedem Punkt der Tagesordnung Bericht erstattung durchzuführen.“

Dies liegt des Dubels Kern! Die Hand, die bisher hilflos über die Entwürfe der kommunistischen Partei zur Tagesordnung überging, die es jetzt faßt, die Lebensentwürfe

der hungernden Bevölkerung mit Füßen zu treten. So kann jetzt öffentlich gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Das aber liegt ihr schwer in den Gliedern. Hierher kommen sie sich so schön gemeinsam mit ihren Stützen, den Nazis und der Streikbrüderpartei über die Entwürfe der SPD hinwegzusetzen. Damit ist es vorüber! Die SPD wird die Herrschaften zwingen, ihre arbeitserleichternde Haltung vor der Öffentlichkeit zu begründen.

Die Herrschaften aber müssen im außerparlamentarischen Kampf den Herrschaften zeigen, daß sie gewillt sind, ihre Existenz unter Führung der kommunistischen Partei zu verteidigen und den Sozialismus zu erkämpfen.

Einheitsfront Aktion schlägt Papen

Da die außerparlamentarischen Schichten gegen die Regierung Papen, gegen Faschismus und Imperialismus, gegen imperialistische Profiteure der herrschenden Klassen, imperialistische Kriegskrieg, bedroht, bedroht es die von den verschiedenen Klassen der Masse der Ausgebeugten, Verdrängten, Niedergedrückten, Schutzherrn in dem Gebiet der Straße, ist der Kampf der Einheitsfront Aktion.

(Der Kampf ist ein Kampf der Einheitsfront Aktion.)

DER ROTE WÄHLER

Oktober 1932 Preis 10 Pfennig Überall zu haben

Mietzinszahlung ratenweise möglich

Eine interessante Entscheidung ist vom Amtsgericht Dresden in Sachen Mietzahlung gefällt worden.

Ein Dresdner Hausbesitzer hatte gegen einen künftigen Beamten im Ruhestand Klage auf Zahlung der Aprilmiete samt Zinsen seit 1. 4. 1932 angebracht. Der Beklagte hatte diese Miete am 6. und 20. 4. 1932 in zwei Raten bezahlt und zwar jeweils an den Tagen, an denen er die Raten seines Ruhegeldes erhalten hat. Nach Anzeige der Erhebung des Streitiges in der Hauptkammer beantragte der Kläger, die Streitigkeiten dem Beklagten aufzulösen, während der Beflage die Beflagte erhalte so viel Ruhegeld, daß er es vor dem Beginn der ratenweisen Zahlung immer geben habe. Die Verzinsung auf die verbleibende Zahlung des Ruhegeldes sei nur Schilone. Der Beklagte betrug auf die Ratenerzahlung vom 18. Juli 1931, wie bei der Ratenerzahlung der Schilone zurück und führte aus, daß er ohne Verzinsung des notwendigen Unterhalts die Miete nicht auf einmal bezahlen könne.

Das Amtsgericht Dresden erlaubte für Recht:

„Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreites. Das Urteil ist sofort vollstreckbar.“

In den Entscheidungsurteilen wird ausgeführt: „Nach § 7 der Durchführungsverordnung vom 15. 7. 1931 zur Erhebung des Ruhegeldes über die Auszahlung der Dienstbezüge zum gleichen Tage gelten die Nachforderungen, die wegen der Rückzahlung oder der verbleibenden Zahlung nach Gehalt oder Betrag einzuweisen, als nicht einzuweisen, wenn der Schuldner durch die verbleibende Zahlungswaise (sein Gehalt) nach der Verordnung des Ruhegeldes die notwendigen Unterhaltskosten decken kann.“

Ein SPD-Prolet lernt um

Es war mein trüblicher Gegner bei den alljährlichen Diskussionen auf dem Stempelamt. Als alter SPD-Prolet lächelte er immer die typischen Volkszeitungs-Argumente ins Feuer. Die Erwerbslosen hörten, hin und wieder eine Bemerkung einwerfend, zu. Es reigte mich immer wieder, mit ihm zu diskutieren, denn ich wurde das Gefühl nicht los, daß er von seinen Argumenten ehrlich überzeugt war. Vor allen Dingen versuchte er mir erfolglos beizubringen, daß die SPD-Politik in letzter Opposition zu Papen stehe. Drei Wochen eine vergangen, und ich sah meinen alten Diskussionsgegner nirgends. Eines Tages rückt mir ein Prolet ein Flugblatt in die Hand: „Die 2. Kammer wählt zur Stadtverordnetenwahl.“ Ich denke, ich sehe nicht recht, der Flugblattverleiher war mein alter SPD-Prolet. Er erkennt mich auch gleich wieder.

„Nun“, sage ich, „wie kommt denn du zu uns?“

„Ja, weißt du“, berichtet er, „ich hab schon gelernt, ich bin aus der SPD ausgetreten und zu den Kommunisten, zu euch, Genosse, gekommen.“

Schließlich liege ich raus, daß er bei einer Demonstration gegen die Papenregierung verhaftet wurde. Die Volkspolizei (nicht damals von „verwirrten Elementen“, die in der Stadt Ruhe machten — das war selbst meinem SPD-Arbeiter zu viel. Nachdem er seine fälligen drei Wochen Gefängnis bewogen hinter sich hatte, zog er die richtige Konsequenz und kam zu uns. Wir diskutierten noch über den Berliner Streik und über den Ausgang der Reichstagswahl. Und immer verteilte unter neuer Herolle Flugblätter zur Stadtverordnetenwahl, für die Liste 2.

„Na, Rot Front, Genosse“, sage ich beim Weggehen.

„Rot Front!“ ruft er mir nach. — Also wieder einer, der gelernt hat, denke ich und haure ab.

Namenslose Helden

Morgen Mittwoch, den 16. November (Wahntag), findet vormittags 10 Uhr, in den IS-Bühnen, Bücherverleiher, eine Filmvorstellung statt. Es wird der eindrucksvolle Film „Namenslose Helden“ gezeigt. Außerdem ein reiches Programm.

Zahlung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge

Es ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß freiwillig Versicherte mit der Zahlung ihrer Krankenversicherungsbeiträge im Rückstand bleiben und somit ihren Ausschluß aus der Krankenversicherung herbeiführen. Der Ausschluß aus der Versicherung führt zum Verlust der erworbenen Ansprüche, die auch durch etwaiges Reichwerdenerfahren nicht wieder erlangt werden können. Um solchen Ausschüssen künftig zu vorbeugen, weist die Allgemeine Ortskrankenkasse für Dresden die freiwillig Versicherten darauf hin, die Krankenversicherungsbeiträge rechtzeitig zu entrichten. Nach § 44 der Satzung sind die Beiträge Monatsweise für die vorangegangene Beitragsperiode fällig und zahlbar. Einmal seit diesem Tage der Wahlen vergangen, dann hat nach § 10 Absatz IV der Satzung der Ausschluß des freiwillig Versicherten aus der Krankenversicherung zu erfolgen. Bis zum Tage des Ausschlusses aus der Versicherung bleiben die Versicherten für die rückständigen Beiträge jedoch noch zahlbar.

Aufhebung eines Verbot

Das Verbot des Betretens der Großmarktsanlagen durch das sogenannte Privatpublikum, veröffentlicht mit Bekanntmachung vom 2. September 1932 in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1932, wird hiermit aufgehoben.

Dresden, am 11. November 1932.

Der Rat zu Dresden, Marktverwaltung.

Selbstmordversuch

Gestern früh hat eine auf der Rathblöcke 23 wohnhafte 50jährige Kompositionist versucht, sich mit Gas zu vergiften. Sauerstoffhilfe war von Erfolg begleitet.

Note Jaungläubiger in Front

Die Noten-Hilfe-Pioniere des Stadtteils 18 sammelten in wenigen Tagen für die proletarisch-politischen Gefangenen 50 Mark, davon allein 4 Kaufmännische Pioniere 35 Mark. Ein Betrag auf jeden kleinen Noten Helfer.

Naturfreunde Jöhndwig: Mittwoch, den 16. 11. Besuch der Ortsgruppe Heidenau. Lichtbildvortrag: Schwaben, Ref. Richter. Abfahrt: Hauptbahnhof Heidenau, Beginn 19.30 Uhr. Eingelassen 17 Uhr Vereinslokal. Winterport: Anreisen für Ankünfterbusse werden sich bitte bei Hans Wahnert, Rosa-Luxemburg-Straße 7, Gerhart-Stäbe, Reichstr. 12.

Orga-Privat-Schreibmaschine, fast neu, wenig gebräutet, zu verkaufen. Preis 100 Mark. Eventuell Tausch gegen gebrauchte Keilfederschreibmaschine. Anfragen unter 222 10 an die Redaktion der Arbeiterstimme.

Kotterordnung über Kirchenkeuern

Daß die Kirche einen guten Wagen und große Gelder hat, beweist sie wieder einmal. Denn jetzt wird eine neue Kotterordnung erlassen zur vorläufigen Regelung der Erhebung der Kirchensteuer. Die Kotterordnung ist ein Dokument, das die Kirchensteuerpflichtigen Mitglieder der Landeskirche eine Kirchensteuer zu entrichten haben. Es sind ebenfalls Logos von den Kirchenpflichtigen Kirchenmitgliedern zu erteilen.

Schöne weiße Zähne

Das haben die Schönen nun? Manches ist begreifbar, daß die Frau an der Seite der revolutionären Arbeiterin ist und daß diese ganz glücklich von der Schönheit der Schönen und davon begeistert werden mag?

ie!

Flüpter 90

ebrock 100

Kunstsakle 175

Kunstsakle 175

H. Haus

Filmkunst

schon

Roman von

hier: Fröhlich

anlagen?

ernak fragen!

enossen!

ritenvertrieb

raße 78, Hh. 1

ot!

el ein

reicht

VEREIN

RUND UM DEN ERDBALL

Im „Haus der Kommune“

Ein Haus, das die Sowjetunion von morgen verkörpert

(Von unserem St. Petersburg-Korrespondenten)

„Das Haus der Kommune“, liegt im Lenin-Rajon, einem der neuen Bezirke, die aus dem Schutt des alten Moskauer am Ende der Stadt entstehen. In diesem Rajon war es, wo im Jahre 1918 von der Sozialrevolutionärin Jana Kaplan ein Revolverattentat auf Lenin verübt wurde. An der Stelle des Attentats haben die Moskauer Arbeiter ihrem geliebten Führer ein eigenes Denkmal errichtet.

Das Haus der Kommune ist ein schöner großer Neubau. Aber das ist nicht das Besondere an ihm; es gibt heute in Moskau — neben den vielen alten und schlechten Hütten, den Zeugen einer bösen Vergangenheit — schon hunderte, um nicht zu sagen tausende schöne neue Wohnhäuser, in denen Arbeiter bei niedrigen Mieten gut, sauber und gesund wohnen. Das Besondere besteht darin, daß hier die Arbeiter auf eine ganz neue Art zusammenwohnen. Das Leben im Haus der Kommune, — das ist Leben in den Formen und im Geiste des Sozialismus.

Nicht mehr an die Küche gebunden

Hier ist man im gemeinsamen Speisesaal, man kocht in einer Küche für alle gemeinsam. „Da haben wir es“, ruft hier der deutsche Spießer, „der Sozialismus unterdrückt das Individuum, jeder muß essen, was ihm vorgelegt wird“. Keineswegs! Es gibt keine Küchen, die von je 3 bis 4 Wohnungen zusammen benutzt werden können und in denen jede Familie Kleinstücken lohen kann. Im Gemeinamen geniesst also jeder höchstmögliche persönliche Freiheit. Und ist es nicht ein totaler Fortschritt, daß hier in der Kommune die Frau von der Schleppe der Küchenarbeit befreit ist? Und nicht nur von der Küche! Auch das Waschen und Bügeln wird gemeinsam besorgt. Die Arbeiterin, die am Abend aus der Fabrik kommt, ist nicht mehr — wie in Deutschland — gezwungen, Stundenlang der ermüdenden Hausarbeit nachzugehen. Wenn sie den Betrieb verläßt, ist der Arbeitstag für sie beendet.

Vor 6 Monaten bis zu den ersten Gehversuchen

Im Haus der Kommune wird der Arbeiterin auch die Sorge um das Kind abgenommen. Geht sie morgens zur Fabrik, so bringt sie ihre Kleinen in die Kinderkrippe, die übrigens auch für die Kinder der Arbeiterinnen des Betriebes, „Kotex-Proletariat“ eingerichtet ist. Und sie ist vorbildlich eingerichtet! Für die Kleinsten im Alter von zwei Monaten bis zu zwei Jahren (bis zu zwei Monaten bleiben sie bei der Mutter, die ja zwei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt Urlaub bei voller Entlohnung erhält). — Für diese Kleinsten ist eine ganze Anzahl von Zimmern vorhanden. Da ist ein Raum für die zwei bis sechs Monate alten Kinder, ein anderer für Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu einem Jahre zwei Monaten; hier kriechen die Kleinen drolligen Kerle auf allen Vieren herum und lassen sich auch durch unsere Anwesenheit nicht im mindesten stören. Ein besonderer Raum wiederum ist vorhanden für solche Kinder, welche die ersten Gehversuche machen; sie werden dabei durch sinnvolle Vorrichtungen unterstützt. Auf einer durch Glasfenster nach außen abgeschlossenen Veranda stehen Betten, wo die Kleinen in ständiger Luft schlafen können. Sowie und solange es ihnen behagt. Außerdem gibt es einen Baderraum, ein ärztliches Untersuchungszimmer und — ein Zimmer, in dem die Kleinen alle in Reich und Glied auf dem Töpfchen sitzen. . . .

Die Kinder erhalten viermal täglich zu essen. Arbeiterinnen, die am Tage arbeiten und abends nach Hause kommen, holen dann ihre Kinder ab. Haben sie Nachtschlaf, so bleiben die Kleinen 24 Stunden in der Krippe. Und sie werden von geschulten Erzieherinnen, unter ständiger ärztlicher Kontrolle, ausgezeichnet behandelt. Alle haben gesund und frisch aus.

Von 2 bis 7 Jahren

Dasselbe trifft zu auf die zweite Abteilung, in der die Zweibis-Siebenjährigen untergebracht werden. Auch diese sind in drei Altersgruppen eingeteilt, von denen jede etwa 30 Kinder umfaßt. „Arbeit und Spiel“, das ist das Leitmotiv für die Erziehung der Zweibis- bis Siebenjährigen. Sie haben Räume, wo sie basteln können, sie haben Spielzimmer, Speisezimmer, Badefabzinen, eine eigene kleine Küche und einen Saal, in welchem sie morgens gymnastische Übungen machen, mittags zwei Stunden schlafen (jeder hat ein eigenes Bett) und nachmittags Musik hören und musizieren lernen, denn auch ein Klavier ist für diese Kinder vorhanden. Als wir dort waren, übte sich eine Gruppe loeben um Morgenpauzengang. Ein kleiner Blotter begrüßte uns mit seiner hellen Stimme mit einem „Waj gotow!“ (Sich bereit!).

Glosse vom Tage

Goebbels singt Hosanna

Was macht Goebbels? Er scheint sich jedenfalls, der liebe Josef nämlich, in einer sehr mißlichen Lage zu befinden. Oder?

Es handelt sich nämlich um folgendes. Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. November einen Brief Josef Goebbels' an Hitler. Wir wollen unseren Lesern diesen schönen Brief nicht vorenthalten. Er lautet folgendermaßen:

„Gerechter, lieber Adolf Hitler! Ich habe soviel von Ihnen gelernt. Sie haben mir in kameradschaftlicher Weise so grundlegend neue Wege gezeigt. . . .“

Die Männer sind da, rufen Sie. Noch besser, berufen Sie einen nach dem anderen, so wie er vor Ihren Augen wahrlich gefunden wird. . . . Dann mag ein Tag kommen, wo alles zerbricht, wo der Wob um Sie gestirbt und grüßt und krüllt: Kreuzigt ihn! Wir leben dann ehren und ruhen und sagen: „Hosanna!“

Goebbels es hat hier um einen Wunsch oder um einen prophetischen Blick. Wir glauben, um beides. In eines nur glauben wir nicht. Wir glauben nicht, daß dann, wenn dieser Zeitpunkt eintritt, der Zeitpunkt nämlich, wo die Massen, die „Völkischer“, Hitler verlassen, nicht mehr von ihm Goebbels' ausgedröhnet haben bleiben und rufen und sagen wird: „Hosanna!“ Rufen vielleicht doch, aber sagen nicht. . . .

Denn, Hosanna ist nämlich ein jüdisches Wort und bedeutet nicht anderes als „Hilfe!“ Man solle sich also immer das Bild vor: Goebbels mit weitaufgerissenen Mund ruft — nicht in hebräischer, sondern in deutscher Sprache: „Hilfe! Hilfe!“ (Hosanna.)

Wichtig, ein herrlicher Witz!

worauf ihm die ganze Gruppe erwiderte: „Wajcha gotow!“ (Zimmer bereit!).

In einem der Räume dieser herrlichen Stätte finden wir ein tolles Tuch mit der Aufschrift:

„Wir wollen mehr Kinderstuben haben, mehr Schulen und Kindergärten. Nur so werden wir imstande sein, Kommunisten zu erziehen.“

Hier werden die Kinder der Kommune erzogen, hier wächst eine Jugend auf, die Träger einer neuen besseren Zukunft sein wird.

„Gesellschaftliche Arbeit“

Im Haus der Kommune ist diese Zukunft — für das deutsche Proletariat noch Kampziel — schon fast Gegenwart. Gewiß ist das Haus der Kommune nur erst ein Anfang, — aber ein verheißungsvoller Anfang. So wie die Bewohner dieses Hauses aus dumpfen Kellern in die hellen leuchten Räume eingezogen sind, so wird dies in wenigen Jahren für alle Arbeiter Moskaus und der ganzen Sowjetunion Tatsache sein. In der Tat: eine Rundfrage ergab, daß der größte Teil der Bewohner des Hauses der Kommune bis zu dessen Fertigstellung in Kellermwohnungen

lebte. Und es sind nicht wenige! 1400 Personen wohnen hier. Sie wurden nicht wahllos ausgenommen; die betrieblichen Kommissionen wählten aus der großen Zahl der Bewerber die besten aus und der Moskauer Sowjet bestätigte sie. Die besten — das heißt die tüchtigsten Strohgräbler, die aktivsten Kräfte, die tapfersten Kämpfer um die Erfüllung des Produktionsplanes. Je nach der Kopfzahl bewohnt jede Familie ein bis drei Zimmer, nicht eingerechnet die Küchen für je drei bis vier Wohnungen und die Badanlagen. Ihre freie Zeit verbringen viele Arbeiter nicht in ihrer Wohnung, sondern im Klub, wo Schach gespielt wird, wo man liest und diskutiert. In einem aufs modernste eingerichteten Saal werden Filme vorgeführt, Theaterstücke gespielt, Konzerte gegeben. Hier werden auch Kinder und Jugendliche von einem der ersten Professoren des Moskauer Konservatoriums unentgeltlich in Musik unterrichtet. Das ist seine „sozialistische Arbeit“.

Als wir das „Haus der Kommune“ betreten und durch die Grünanlage im Vorhof auf die Straße hinausritten, sagte mir ein englischer Journalist: „Ich habe so etwas Großartiges bei uns in England nie gesehen.“ Ich konnte ihm entgegen, daß es auch in Deutschland solche Einrichtungen nicht gibt. Die Sowjetunion ist das erste und einzige Land, das durch die proletarische Diktatur, unter der Führung der bolschewistischen Partei, die Grundlagen geschaffen hat zum Aufbau nicht nur der sozialistischen Wirtschaft, sondern auch des sozialistischen Lebens. Am 15. Jahrestag des roten Oktober sollen die deutschen Arbeiter daran denken.

Einsturz einer Mietkaserne

18 Proleten getötet, 20 verwundet

Warschau, 14. November. Im Koeban der Stadt hat sich heute eine furchtbare Einsturzkatastrope ereignet, die, soweit bis jetzt bekannt, 18 Todesopfer gefordert hat.

Die Katastrophe geschah früh um 6 Uhr. In dem eingeschürzten Gebäude war eine Kranerei mit sehr großen Hopfenarräten untergebracht. Daneben fand ein kleines Wohnhaus aus Holz. Das Bauwerkgebäude war alt und baufällig und konnte dem gewaltigen Druck der Hopfenmassen nicht mehr standhalten. Der Einsturz erfolgte unter ungeheuren Geräusch. Die Hopfenmassen,

Stein- und Ziegeltrümmer stürzten auf das kleine Wohnhaus, das vollständig begraben wurde.

Das eingeschürzte Gebäude war eine Mietkaserne, in der Dutzende Proletarierfamilien eng zusammengepackert haften. Ohne sich um die Tragfähigkeit zu kümmern, lagerte man hier Hopfenmassen ein und die Katastrophe blieb nicht aus. Ein ähnliches Verbrechen hat sich unlängst in der Schweiz ereignet. Hier handelt es sich um keine Zufälle, um keine Elementarkatastrophen, sondern um ein willkürliches Auslöschen von Arbeiterleben um der Profites willen.

Polnische Nazis

machen Pogrom

Warschau, 14. November. In Warschau kam es am Sonntag abend zu antilemischen Ausschreitungen. Bei einer gegen die Juden gerichteten Kundgebung von über 1000 polnischen Hochschülern wurde die Polizei eingestreift und die Menge mit Gummistöcken auseinandertreiben. Daraufhin zerstreuten sich die Studenten in kleinere Gruppen und belästigten jüdische Passanten. Bei jüdischen Kaufleuten wurden die Fensterscheiben zertrümmert. In mehr als hundert Häusern wurden über 200 Schaulustler eingeschlagen. Am Abend wiederholten sich die Ausschreitungen, die nur mit Mühe von der Polizei unterbunden werden konnten. Insgesamt wurden mehr als 40 Personen festgenommen. Acht Hochschüler trugen Verletzungen davon.

„Nach 3 Monaten Verbot sind wir wieder da!“

Ueber Sondergerichte und BVG-Streik

steht jeder im „Tribunal“. Der Hungerstreik in den preussischen Festungen wurde gegen die Verhaftung der Post und den Raub der Gefangenenerträge geführt. Sondergerichte und BVG-Streit erinnern an den Verfall der SPD und Nazis — aber die Opfer des Kampfes mahnen: Kampf mit — gegen faschistische Sonderjustiz. Nicht nur in Deutschland tobt sich die Gewalt gegen die Ausgebeuteten aus — in der Ukraine tobt Bürgerkrieg, in Mexiko schmachten 31 indische Freiheitskämpfer hinter Gittern, in Amerika seit 16 Jahren Tom Mooney — endlos würde die Aufzählung, wenn sie vollständig wäre.

Die Hoffnung aller eingeschlossenen Klassenkämpfer ist die Internationale Rote Hilfe, deren Weltkongreß jetzt in Moskau stattfindet, hierüber berichtet Klara Zetkin im „Tribunal“, der Rote-Hilfe-Zeitung.

Reiß und zertritt das „Tribunal“.

Unterstützt den Kampf der Roten Hilfe Deutschlands.

Dampferkatastrophe in der Nordsee

Kattenbom, 14. November. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Nordsee bei dem Feuerdampfer Dieder der niederländische Dampfer „Koenburg“, der eine Ladung Steinschläfen von Rotterdam nach Antona bringen sollte, von dem panamaischen Dampfer „Mount Hellton“ mit Schiffsgerannt. Es entstand ein großes Red, durch das Masten- und Heizräume der „Koenburg“ voll Wasser liefen. Die Lage des Schiffes war so ernst, daß die Besatzung mit Ausnahme des Kapitäns und des ersten Stuurmannes sofort von Bord ging. Ein Teil wurde von der „Mount Hellton“ übernommen. Der Rest ging an Bord des nach Dover unterwegs befindlichen amerikanischen Dampfers „Black Heron“.

Furchtbare Feuerbrunst

In dem Keller Stufenbadel (Gemeinde Hülftchen bei Heenan) wurden durch einen heute nacht ausgebrochenen Brand 21 Gebäude in Wäse gelegt.

Gasangriff gegen einen Schweineestill

In der Nacht haben Einwohner des Schweineestill des Posters Gerd in Bogensiel bei Fuhsmith vollständig unter Gas gesetzt, so daß sämtliche Schweine getötet wurden. Als am Morgen der Postler in den Stall kam, sezier auch er die Bekannung und machte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Von den Tieren soll kein Spurr. Es scheint sich um einen Kohlenstoff zu handeln.

28 Tote eines Schlagwetterunglücks

London, 14. November. Durch Schlagwetter entstand bei der Kohlengrube Chelstone (Dorset) eine furchtbare Explosion. In der Grube befanden sich zur Zeit der Katastrophe 186 Mann. Bisher sind 24 Tote und 72 Verwundete gemeldet. Sechs Bergarbeiter wurden schwer verletzt und 72 unversehrt gerettet. Vier werden noch vermisst.

Die Heberheben Versuche, die vier Bergarbeiter noch zu retten, blieben bisher erfolglos, so daß man die Hoffnung so gut wie aufgegeben hat. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich demnach auf 28. Alle aus dem 300 Meter tiefen Schacht bisher geborgenen Leichen waren mit Brandwunden bedeckt und zum Teil vollkommen unkenntlich.

In einem anderen englischen Bergwerk bei Uccleux wurden zwei Bergleute durch Gesteinsabsturz getötet.

Holländische Bevölkerungsstatistik

Kattenbom, 14. November. Nach einer Veröffentlichung über Bevölkerung und Umfang der niederländischen Gemeinden zählt am 1. Januar 1932 die Bevölkerung Hollands 8 061 571 gegenüber 7 905 000 Köpfe am 1. Januar 1930. Dagegen waren 4 006 250 Männer und 4 055 212 Frauen. Freigeblieben wird dabei, daß die Zahl der Frauen ständig abnimmt. Die Zahl der Gemeinden mit über 2000 Einwohnern ist fast gestiegen. Die Zahl der Städte mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern ist von 46 im Jahre 1800 auf 84 im Jahre 1932 gestiegen. Städte mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern gab es jetzt 29 gegenüber 16 und Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 12 gegenüber 4. Am härtesten bedrückt ist mit 786 263 Einwohnern Kattenbom, an zweiter Stelle folgt Rotterdam mit 587 316 Einwohnern und darauf Haag mit 440 614 Einwohnern.

Schwere Sturmchäden in Mittelamerika

Katzen, 14. November. Die aus Panama gemeldet wird, wütet ein schwerer Sturm über dem karibischen Meer und ganz Mittelamerika. Der britische Dampfer „Aemius“, der auch einige Passagiere an Bord hat, landete SOS-Rufe aus. Man berichtet, daß er inzwischen gesunken ist. Große Schäden wurden in Jamaica, Honduras und Nicaragua angerichtet. Man berichtet, daß die Bauanlagen in Cutacao schwer beschädigt worden sind.

Schwere Verkehrsunfälle

Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich gestern im Tillet (Wichtig) ereignet. Ein Autokoll, der den Verkehr zwischen Mascara und Oren verfehlt, kam auf dem aufgewickelten Boden ins Gleiten und fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum. Die Zahl der Toten beläuft sich auf sieben, die der Verletzten auf 22. — Etwa 40 Kilometer von Tunis entfernt wurde ein Autokoll bei einer Bahnhofsüberführung von einem Eisenbahnzuge erlitten und löste um. Vier Personen wurden getötet, zwei verletzt.

Leichenfund auf dem Bahndamm

Auf dem Bahndamm bei Brillon wurde die Leiche eines 50-jährigen Mannes gefunden, der sich nach dem Befahren sehr wahrscheinlich in selbstmörderischer Absicht von einem Eisenbahnzug überfahren lassen. Der Tote war gut gekleidet, doch konnte keine Person nicht festgestellt werden, in er seine Selbstmordtatsache bei sich trug.

Beim nächsten Mal: 6. 11. 1932, Seite 6

